

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Eheblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Bundespoststelle
Nr. 28

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 30.

Dienstag, 5. Februar 1895, Abends.

48. Jahrz.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Großenhain, bei Konditoren, sowie am Schalter des tazex. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Bezugspreise für die Nummern des Ausgabetages bis Mitternacht 9 Uhr ohne Gendarmerie.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastenstrasse 59. — Für die Reklamation verantwortlich: Herr. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Das Einlage- und Quittungs-Buch der Sparkasse zu Riesa, Nr. 34197, auf „Giederitz Böhme in Oschatz“ lautend, ist als abhanden gekommen angezeigt worden.
Einwige Ansprüche an dieses Buch sind bei deren Verlust binnen drei Monaten vom Erlass dieser Bekanntmachung an geltend hier anzubringen.

Riesa, am 1. Februar 1895.

Der Stadtrath.
Rüdiger.

Sch.

Die Gründe des Rücktritts Casimir-Periers.

Im Journal de Rouen veröffentlicht ein Unbekannter, der aber offenbar Beziehungen zur Familie Casimir-Perier hat, einen Artikel über die Gründe der Demission des Ex-präsidenten. Der Verfasser erzählt, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Paris von gestern meldet, er habe Perier noch unter dem Eindruck dieser Gründe gefunden, den die Zeit allein werde verwischen können. Perier sei aufs Neuerste über die Erregung erstaunt gewesen, die seine Demission in Frankreich und Europa hervorrief. Das beweist, daß, nachdem er ein Erscheine bezogen, vollkommen in seiner Gedankenwelt gelebt hat.

Er hat von Anfang an gefühlt, daß die Masse ihm nicht folge. Die erste Enttäuschung war das Scheitern seiner Idee eines Ministeriums Burdeau. Das Kabinett Dupuy war nicht angehen, ihm die Aufgabe zu erleichtern. Perier hatte sich immer viel mit auswärtiger Politik beschäftigt. Er konnte sich darin sehr wohl bewandert halten. Er hätte daher gewünscht, in alles eingeweiht zu werden.

Die Verfassung hat aus dem Präsidenten der Republik keine stumme Person machen wollen. Carnot trat selten bei den Beratungen der Minister dazwischen, aber er hat es immerhin. Grévy legte seine Meinung in dem Fall Schnabel durch. Perier war also im Recht, wenn er von den Vorgängen Kenntnis haben wollte.

Aber die Minister, unter denen einige ihm ihre politische Karriere verdankten, machten sich ein Vergnügen daraus, ihm alle Auskunft zu verweigern. Vielleicht wäre er mit Güte weiter gekommen. Er glaubte indessen gegenüber dem Charakter gewisser Minister nicht daran. So sah er, daß der Minister des Auswärtigen ihm Dopechen fremder Mächte über schwierige Fragen vorenhalte. Er sah den Minister der Finanzen ein Budget der Kammer vorlegen mit der Forderung: „Vorgelegt im Namen Casimir-Periers, des Präsidenten der Republik“, ohne daß dieser von den vorgeschlagenen Maßnahmen etwas wußte. Eines Tages veröffentlichte ein Journal ein Dekret über die Besetzung von Beamtenposten. Diesmal verweigerte Perier die nachträgliche Unterzeichnung.

Schon seit dem September dachte Perier an seine Demission. Mitte Oktober war er dazu entschlossen, und schrieb schon damals die Botschaft nieder, die am 16. Januar verlesen wurde. Er schrieb sie ganz allein, ohne sie jemand anzutun. Dann lebte er nur in seinen eigenen Gedanken. Darum erschien die Botschaft bei der Verleistung so wenig aktuell und ließ unbefriedigt. Einige Stellen haben Bezug auf ältere Vorgänge, besonders die Versuche der Reaktionäre, ihn für ihre Zwecke zu gewinnen und so zu diskreditieren. Als er seinen Rücktrittsentschluß seinen Freunden mitteilte, war er bereits unwiderruflich.

Die Familie Periers erfuhr ihn erst im letzten Augenblick. Sie mißbilligte ihn durchaus, denn sie begriff die schwere Tragweite des Schrittes. Nur Perier, wie im Traume lebend, begriff die Tragweite nicht (?). Er hatte so abgeschlossen gelebt und nicht nur durch seine Schuld, daß seine innigsten Freunde nicht zu ihm gelangten. Eines Tages wollte Leon Say ihn besuchen. Man ließ ihn nicht vor und verwies ihn an der Thür auf die offiziellen Empfangsstufen für Senatorn. Da man sandte ihm eine gedruckte Karte mit der Aufzeichnung dieser offiziellen Toge.

Perier und seine Gemahlin werden nach Beauvais an der Riviera gehen. Perier ist einstweilen nicht gewillt, eine Broschüre über seine Abdankung zu schreiben. Aber wenn die, welche ihn erniedrigen wollten, aber deren Plan er durch seinen drakonischen Rückzug vereitelt hat, so sagt der Schreiber des Artikels, ihn angreifen wollten, würde die Antwort nicht

auf sich warten lassen, und sie würde hart sein. Wenn nichts dergleichen geschieht, wird Perier mit Unterstützung seiner treuen Wähler von Pont sur Seine nach Ende der Legislaturperiode wahrscheinlich in das Parlament zurückkehren.

Der Verfasser schließt: Dies ist so treu als möglich der Geisteszustand Casimir-Periers, welchem der Kongress eine lebhafte Freude bereitete, als er Faure wählte, mit dem Perier immer in den besten Beziehungen stand. Am Tage des Kongresses hat Casimir-Perier das Bewußtsein seiner begangenen Unflugheit erlangt. Die Idee, daß durch seinen Fehler möglicherweise das Amt des Präsidenten an Brissac, mit dem er niemals gut gestanden, übergehen könnte, war ihm äußerst peinlich. Die Wahl Faures war ihm ein Trost und eine Erleichterung.

Der Temps, der alle diese Mittheilungen bestätigt und nur bestreitet, daß die Botschaft schon Mitte Oktober geschrieben sei, fügt hinzu, daß Perier besonders auch über militärische Angelegenheiten schlecht unterrichtet worden sei. Das Blatt sagt: Aber noch stärker als diese die Personen berührenden Fragen haben Betrachtungen allgemeiner hoch-politischer Art Perier beeinflußt. Es sind diese hauptsächlich, die Perier sich vorbehält, zu geeigneter Stunde bekannt zu geben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Wie die „Berl. Pol. N.“ hören, besteht die Absicht, anlässlich der Berathungen wegen Annahme eines neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Japan die Mitglieder des Zollvereins einzuberufen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich über die deutsch-japanische Handelspolitik zu machen. Einladung soll bereits an die einzelnen Mitglieder des Zollvereins ergangen, der Tag des Zusammentreffens jedoch noch nicht festgelegt sei.

Der Abgeord. Dr. Bödel hat seinen Austritt aus der deutsch-sozialen Reformpartei erklärt. Seine Gründe setzt er in folgendem Schreiben auseinander: „Da Sie den Abgeordneten Ahlwardt aus der Fraktion ausgeschlossen und damit öffentlich dokumentiert haben, daß Sie eine Einigung aller Antisemiten nicht mehr wünschen, so beehe ich mich Ihnen mitzuteilen, daß ich hiermit meinen Austritt aus der Fraktion der deutsch-sozialen Reformpartei erkläre. Zu diesem Entschluß veranlaßt mich außerdem noch die freiheitswidrige Haltung der Fraktion zur Umsturzvorlage. Da ich mit reaktionären Bestrebungen keine Gemeinschaft zu haben wünsche, so halte ich es für das Beste, schon jetzt aus der Fraktion auszuscheiden. Indem ich Ihnen und den Herren von der Fraktion auf dem betretenen Wege den gebührenden Erfolg wünsche, verbleibe ergebenst Dr. Bödel, W. d. R.“

Der „Post“ zufolge sieht jetzt fest, daß, wie der Bau des Nordostseehafens von Reichs wegen ausgeführt worden ist, auch die Verwaltung des großartigen Wasserweges nach seiner Vollendung dem Reiche übertragen werden soll. Preußen wird nur die Polizeiaufsätze auf Kosten des Reiches führen. Da sich die Sache auf dem Verwaltungsweg regeln läßt, werden Vorlagen an die Parlamente, die sich darauf beziehen nicht erwartet.

Die Kommission des Reichstages für die Umsturzvorlage beriet gestern § 112 (Aufreizung von Angehörigen der Armee und der Marine). Im Laufe der Debatte erklärte Generalmajor Spitz, allen Bestrebungen, die Mannschaft der Arme zu untergraben, müsse entgegengestellt werden, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Es sei nicht zu leugnen, daß dabei in erster Linie mit der Sozialdemokratie zu rechnen sei, seitdem die Bestrebungen derselben internationale, vaterlandlose, den Thron gefährdende und die Mannschaft der Arme untergraben geworden seien. Es unter-

Bekanntmachung.

Vor ca. 6 Wochen ist in einem kleinen Geschäftsladen ein Portemonnaie mit Inhalt zurückgelassen worden. Der rechtmäßige Eigentümer hat sich in der Rathsexpedition zu melden. Riesa, den 2. Februar 1895.

Der Stadtrath.
Rüdiger.

S.

liege keinem Zweifel, daß die Sozialdemokratie, sobald sie das Gefühl der hinzutretenden Macht habe, gewaltsam den Umsturz versuchen würde. Nach einer Rede des Abg. Bödel, welcher erklärte, nach den Ausführungen des Generallieutenant Spitz sei es klar, daß es sich tatsächlich um ein Angriffsgefecht gegen die Sozialdemokratie handele, betonte Generalmajor Spitz, der Zweck des § 112 sei, vorbereitend zu wirken, was im Interesse der Armee notwendig sei. Generalauditeur Kretschmar bestreite, daß die Begriffe des Umsturzes der bestehenden Staatsordnung unserer Strafgesetzgebung neu seien, und weist auf das Sozialistengesetz und die damaligen Verhandlungen in der Reichstagskommission hin. Die Versuche, den Soldaten aufreizende sozialdemokratische Blätter in die Hände zu spielen, seien sehr zahlreich.

Die „Grenzboten“ erzählen folgende angeblich „wohlverdiente That“ über die Inschrift auf dem Reichstagsgebäude: „Als der Kaiser zuerst von dem Gericht hörte, daß er die Inschrift „Dem deutschen Volk“ verbindere, soll er böse geworden sein. Als er von den Einwänden gegen die Inschrift „Dem Deutschen Reich“ erfuhr, da soll er bitter gelacht haben. Als man wieder bei einer Abendtafel auf die Inschrift zu sprechen kam, immer neue Vorschläge austauschte, endlich einer der Vertrauten fragte: Welchen Sinn-spruch würden Majestät vorschlagen? antwortete der Kaiser lebhaft und bestimmt: Salus populi suprema lex esto. (Das Wohl des Volkes soll das oberste Gesetz sein). Die Höflinge erblickten (?) und blieben sprachlos auf den Sprechern; besonders einen sah man vergeblich nach Abem und Worten ringen, der es seit einiger Zeit liebte, statt dieses ciceronischen Spruches einen andern aus dem Goldenen Buch in München zu citiren. An den wandte sich der Kaiser mit leisem Spott: Es überrascht Sie wohl, lieber Graf, beide Sprüche aus demselben Wunde zu hören, als ob regis voluntas (des Königs Wille) etwas anderes wäre als des Königs oder des Prinzen regentes aus tiefer Seele geschöpfte Meinung von der salus populi! Doch lassen wir die Inschrift! Das deutsche Reich wird ja darüber nicht entzweit gehen. Damit brach der Kaiser die Unterhaltung ab.“

Die „Nord. Allg. Zeit.“ schreibt offiziell: Die „Börsische Zeit.“ brachte in Nr. 605 vom 28. Dezember 1894 eine Zusammenstellung über die Kommandirung von Offizieren, wie solche zur Zeit wechselseitig zwischen Preußen und Württemberg bestehen sollen, und suchte an der Hand der gegebenen Zahlen darzuthun, daß in dieser Beziehung eine Benachteiligung des württembergischen Kontingents zur Zeit eingetreten sei und daß dieser Umstand dazu beitrage, eine Widerstimmung im Lande zu erzeugen. Das Blatt ging hierbei von falschen Voraussetzungen aus. Die gemachten Angaben entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Zahl der nach Württemberg kommandirten preußischen Offiziere beträgt nicht 25, sondern 33, der nach Preußen kommandirten württembergischen Offiziere nicht 62, sondern 47; unter den Kommandirten sind sämtliche Chargen vom Generallieutenant bis einschließlich Lieutenant vertreten. Obwohl nun die Anciennitätshierarchie in Preußen und Württemberg seit langer Zeit nach gleichen Grundlagen geregt sind, kann bei diesen Kommandirungen doch nicht immer in der Weise verfahren werden, daß stets von jeder Charge eine gleiche Anzahl von Offizieren wechselseitig abgegeben wird. Die Abgänge in den beiden Kontingents halten naturgemäß nicht immer gleichen Schritt, und so erübrigt nur, wenn ein Ausgleich in einwandfreier Weise geschaffen werden soll, zu einer Zeit, wo z. B. wie jetzt in Württemberg mehr höhere Offiziere aus Preußen Verwendung finden als umgekehrt, eine entsprechende Zahl von Hauptleutn. und Lieutenant mehr nach Preußen abgegeben. Solite sich demnächst das Vorliegen der höheren Offiziere in Württemberg verlangt, in Preußen dagegen beschleunigen, so würde die Zahl der hierher komma-